

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21-9038/39
Telex: 888846 pbbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Herbert Schnoor
zum 50. Jahrestag des
deutschen Überfalls auf
die Sowjetunion: Diese
Vergangenheit vergeht
nicht.

Seite 1

Professor Egon Bahr
zum 50. Jahrestag des
Überfalls auf die So-
wjetunion: Krieg in Eu-
ropa für alle Zeiten un-
möglich machen (Teil II
und Schluß).

Seite 3

Dr. Edith Niehuis MdB
zum Ergebnis der
Wahlen auf dem
Subkontinent, die für
keine Partei die
Mehrheit brachten:
Neue Instabilität in In-
dien zu befürchten.

Seite 5

46. Jahrgang / Nr. 116

21. Juni 1991

Diese Vergangenheit vergeht nicht

Zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion

Von Dr. Herbert Schnoor

Innenminister und Stellvertretender Ministerpräsident des Landes
Nordrhein-Westfalen

Die Gegenwart des deutsch-sowjetischen Verhältnisses ist von der jüngsten Geschichte beider Völker nicht loszulösen. Diese Vergangenheit vergeht nicht, und - um ein Wort von Max Horkheimer abgewandelt zu gebrauchen - wer von ihr nicht reden will, der mag auch von der Zukunft schweigen. Dies gilt erst recht in diesen Tagen, in denen sich der deutsche Überfall auf die Sowjetunion zum 50. Male jährt.

Mit diesem Überfall am 22. Juni 1941 begann ein Gewaltexzeß von bis dahin unbekanntem Ausmaß, ein rassebiologischer Vernichtungskrieg mit zahllosen Verbrechen an russischen Männern, Frauen und Kindern. Weit mehr als 30 Millionen Menschen büßten in diesem Krieg ihr Leben ein, darunter 27 Millionen Sowjetbürger, unter ihnen 11 Millionen Zivilisten.

Der Hauptakteur des Jahres 1941 in Europa hieß zweifellos Adolf Hitler; aber richtig ist auch, daß das sogenannte 'Unternehmen Barbarossa' nicht allein Hitlers Krieg war. Die Idee des 'Kreuzzuges gegen den Bolschewismus' faszinierte beträchtliche Teile der alten deutschen Herrschaftseliten, und die deutsche Wehrmacht wie die deutsche Polizei waren aktiv in das Morden hinter der Front verstrickt. Bei vielen deutschen Arbeitern verfiel Hitlers übles Wort vom jüdisch-bolschewistischen Untermenschen, und ihre Haltung gegenüber den russischen Zwangsarbeitern, die zu Hunderttausenden zur Sklavenarbeit nach Deutschland verschleppt wurden, war häufig durch Feindseligkeit, meist durch Gleichgültigkeit und nur selten durch kollegiale Solidarität bestimmt.

Der deutsche Eroberungs- und Ausrottungskrieg gegen die Sowjetunion leitete das dunkelste Kapitel in der Beziehung beider Nationen ein, und heute - 50 Jahre danach - kann nur die exakte geschichtliche Erinnerung die Basis abgeben für die Gestaltung des künftigen Friedens zwischen Deutschen und Russen. Zu dieser historischen Genauigkeit gehört notwendigerweise auch, daß wir Stalins Komplizenschaft beim deutschen Überfall auf Polen genauso erwähnen, wie wir das Schicksal von Krieg, Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung wurden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermeidung Umgang
mit wertvoller Rohstoffe
Kupfer-Postum



Das tragische Schicksal dieser Landsleute mindert jedoch in keiner Weise die alleinige deutsche Schuld und Verantwortung für den Krieg gegen die Sowjetunion, und es relativiert auch nicht die vorausgegangenen, von Deutschen begangenen Verbrechen. Ohnehin verbietet sich im Angesicht des namenlosen Leids auf beiden Seiten jeder nachträgliche Aufrechnungsversuch. Jeder muß für seine eigene Schuld einstehen und für die, die auf seinem Volk lastet.

Aber gerade weil wir Deutschen, wenn es um das Dritte Reich und seine Verbrechen ging, erst spät und obendrein zögerlich unsere Unfähigkeit zu trauern überwinden, sollten wir uns heute mit ganzem Herzen den Menschen in der Sowjetunion verbunden fühlen.

Für uns Westdeutsche war die mit dem Namen Konrad Adenauer eng verbundene Westorientierung sicherlich der Königsweg zu Demokratie und Wohlstand. Aber erst Willy Brandts Ostpolitik brachte die Bundesrepublik außenpolitisch ins Gleichgewicht und bereitete langfristig Verständigung und Entspannung vor. Jedenfalls spiegelte die Phase der konfliktreichen Verständigung, die auf den Moskauer Vertrag vom August 1970 folgte, Entwicklung und Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen realistischer wider als die von oben verordnete Freundschaft der DDR zur "Großen Sozialistischen Brudernation". Die Bundesrepublik entwickelte sich seit den 70er Jahren von einem Frontstaat der NATO zu einem westlichen Land in der Mitte Europas mit Brückenfunktion nach Osten.

Daß sich dort in den 80er Jahren der eisene Vorhang zu öffnen begann, ist sicherlich den vielen tausend mutigen Menschen in Bürgerbewegungen, Kirchen und Gewerkschaften zu danken. Daß die Demokratisierung Osteuropas nicht durch blanke Gewalt erstickt wurde, ist ein historisches Verdienst, für das mit Recht der sowjetischen Präsident Michail Gorbatschow gerühmt wird.

Michail Gorbatschow will an dieser Öffnung, am Weg nach Europa, unbedingt festhalten. Das hat er in seiner Osloer Dankesrede für die Verleihung des Friedensnobelpreises noch einmal bekräftigt. Der Präsident rief bei dieser Gelegenheit zur umfassenden Hilfe des Westens für sein Land auf, und ich meine, Amerikaner und Europäer täten gut daran, diesen Ruf nicht ungehört verhallen zu lassen.

Wir Deutschen sind in dieser Beziehung besonders gefordert - um unserer alten historischen Verantwortung und um unserer neuen Freundschaft willen, aber eben auch aus wohlverstandenerm gesamtdeutschen Interesse.

Die Zeit drängt. Es gilt jetzt, ein gemeinsames Hilfsprogramm des Westens zur Absicherung des Reformprozesses in der UdSSR auf den Weg zu bringen. Doch mit Geld allein ist es nicht getan. Mindestens ebenso notwendig sind Beratung und vor allem Kooperation. Im Großen könnten die Weltbank und der Weltwährungsfonds bei der Weiterführung der Finanz-, Bank-, Geld- und Wirtschaftsreform wichtige Unterstützung leisten. Hilfe ist aber auch im überschaubaren Rahmen möglich. Schon die Unterstützung bei einer zeitgemäßen Facharbeiter- und Ingenieurausbildung, beim Erwerb von Managerkenntnissen und bei der Modernisierung der Juristenausbildung kann die Wirtschafts-Perestroika ein beträchtliches Stück voranbringen.

Ziel all dieser und anderer Bemühungen ist es, ein umfassendes Netzwerk von Beziehungen jeder nur denkbaren Art zur sowjetischen Gesellschaft zu knüpfen. Die Hauptarbeit steht uns in dieser Beziehung zweifellos noch bevor, denn das gemeinsame europäische Haus, von dem Michail Gorbatschow spricht, hat noch keinen Ostflügel, und es gleicht bislang eher einer wenig übersichtlichen Großbaustelle.

Deutsche und Russen sind aus naheliegenden Gründen besonders aufgefordert, zum Gelingen dieses "Projekts Europa" beizutragen. Vielleicht können sie in dieser Gemeinschaftsarbeit zu jener traditionellen Freundschaft zurückfinden, die über einen langen Zeitraum des 18. und 19. Jahrhunderts das deutsch-russische Verhältnis bestimmte.

(-/21.6.1991/rs/ffü)

Krieg in Europa für alle Zeiten unmöglich machen

**Gedanken zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion (Teil II und
Schluß)**

**Von Professor Egon Bahr*
Mitglied des SPD-Präsidiums**

Wie oft noch holt uns die Vergangenheit ein, die am 22. Juni 1941 noch Zukunft war: In diesen Tagen mußten wir lesen, daß die Toten nicht zu zählen sind, daß die Ziffern in Millionenhöhe schwanken, daß zuweilen nicht einmal auseinanderzuidividieren ist, was letztlich auf Hitler oder auf Stalin zurückführt. Noch drei Jahre mag es in Anspruch nehmen, bis die Listen der im Staatsarchiv der Sowjetunion registrierten und nicht freigegebenen Namen der deutschen Kriegsgefallenen und gestorbenen Gefangenen übermittelt sind. Und nach 50 Jahren können wir die Listen der bei uns begrabenen Gefangenen und Zwangsarbeiter, die so lange mit Verdächtigung oder Desinteresse über den Tod hinaus verdammt worden sind, auf sowjetischen Wunsch nach Moskau übermitteln, womit sie rehabilitiert, sogar geehrt werden können. 50 Jahre danach - wäre das nicht der Tag, an dem der Kanzler seinem Freund Gorbatschow die Botschaft übermittelt, die das Kapitel Zwangsarbeiter schließt? Jetzt ist es auch an der Zeit, das Problem zu lösen, das vor 50 Jahren entstand: Den Sowjet-Deutschen ein autonomes Zentrum zu geben und unter deutscher Mitwirkung so zu entwickeln, daß es zum Nutzen beider Staaten und seiner Menschen wird.

Die Vergangenheit entläßt uns nicht. 1941 hat 1939 nicht ausgelöscht. Die beiden Diktatoren wußten genau, warum das Abkommen geheimgehalten werden mußte, das das Schicksal von drei baltischen Staaten besiegelte. Unrecht von Anfang an, dessen Folgen keine Macht der Welt ungeschehen machen kann. Insofern vergleichbar dem Münchner Abkommen. Der Wunsch dieser Republiken nach Unabhängigkeit verdient moralisch unsere Unterstützung und, soweit wir das können, unsere Hilfe, die sich auf Erfahrung stützt: Keine Veränderung der Grenzen, sondern Regelungen im Interesse der Menschen, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der Rechte für Minderheiten, der Schlußakte von Helsinki, der Charta von Paris.

*

Gerade der Rückblick auf das Jahr 1941 macht deutlich, daß sich beide Staaten nicht frei von Erinnerung an die Vergangenheit, wohl aber nicht mehr gehemmt durch sie, den gemeinsamen Interessen in der Zukunft zuwenden können. Das gilt vor allem, nachdem das größte Hindernis für die deutsch-sowjetischen Beziehungen, die deutsche Teilung, beseitigt ist.

*

Gerade in diesem Augenblick ergibt sich ein neues Fragezeichen. Die offene deutsche Frage ist von der offenen russischen Frage abgelöst worden.

Beide haben europäische Dimension mit dem Unterschied, daß die Sowjetunion ein bißchen größer ist als Deutschland. Auch das vergrößert die Unsicherheit. Schließlich handelt es sich um eine Revolution, bei der nur schwer berechenbar ist, in welcher Zeit das Land zu welchem Zustand verlässlicher Stabilität finden wird.

Doppelherrschaft wird wohl in Moskau noch weniger als anderswo eine Dauereinrichtung werden. Noch ist eine verlässliche demokratische Kraft nicht zu sehen, und das vielleicht erklärbare Extrem von mehr als 250 Parteien wirkt wie ein Hohn auf das Prinzip der Pluralität und ist eine gefährliche, abschreckende Perversion der Demokratie. Keine Konzeption zur wirtschaftlichen Erholung ist erkennbar, die die Menschen überzeugt und zu einer Arbeitsmoral bringt, ohne die es weder Wohlstand noch Stabilität gibt. Ob es den Unionsvertrag in diesem Sommer gibt, ist ungewiß. Ob Disziplin und Einsicht reichen, die Republiken, die ihn nicht unterschreiben, in eine Unabhängigkeit zu entlassen, die keiner Verbannung gleichkommt, sondern enge Zusammenarbeit pflegt, kann niemand sagen.

Als Freund dieses Landes finde ich das schrecklich, als Beobachter beunruhigend; gleichgültig kann es keinem sein.

Aus den Gegebenheiten ist eine Erkenntnis abzuleiten, die im Westen nicht verbreitet ist: Die Sowjetunion kann keine so potenten Helfer haben wie die DDR. Die Schwierigkeiten, zu einem Marktsystem zu kommen, werden das Vielfache an Zeit erfordern, die wir für Ostdeutschland brauchen. Und vor allem: Die Schwierigkeiten, die unsere Landsleute nach 41 Jahren DDR hatten und haben, trotz der Nähe zu den Westdeutschen und trotz ihrer Vertrautheit mit den Programmen der elektronischen Medien, die Mentalität dieser 41 Jahre zu ändern, werden für die Menschen in der Sowjetunion, und zwar in allen ihren Republiken und Völkern nach fast 74 Jahren unvergleichlich größer sein. Zumal demokratische Tradition vor 1917 durch die Zaren auch nicht entwickelt wurde. Das bedeutet, daß der Westen sich vor der Illusion hüten muß, in überschaubarer Zeit oder auch bis zum Jahr 2000 in der Union souveräner Sowjetrepubliken ein Land zu finden, dessen marktwirtschaftliche Strukturen und dessen demokratische Strukturen mit üblichen westlichen Maßstäben gemessen werden können.

Westliche Kräfte versagen sogar gegenüber Jugoslawien. Gegenüber dem osteuropäischen Raum sind sie fast irrelevant. Das Wesentliche muß dort geschehen. Die westliche Aufgabe ist, das nicht zu behindern oder zu erschweren durch Gleichgültigkeit, altem Denken und unerfüllbaren Forderungen.

Wenn alles gut geht, d.h. wenn die Entwicklung kontrollierbar, evolutionär und ohne Blutvergießen verläuft, dann wird dieses Land seine eigene besondere Gesellschaftsform mit einer Wirtschaft entwickeln, in der jedenfalls der sogenannte Staatskorridor ungleich breiter sein wird als in Westeuropa, wo er nicht so schmal ist, wie die meisten glauben. Auch seine demokratischen Strukturen mögen anders sein entsprechend seinen Möglichkeiten und schon charakterisierten Traditionen; denn der gesellschaftliche Urknall ist weder zu erwarten noch wünschbar.

Die militärische Bedrohung ist weg. Die ideologische auch, die viele nur zu gern ernster genommen haben als sie lange schon war. Nun hat das Land ein Recht auf den eigenen Weg, und der Westen die Pflicht, nach seinen eigenen Idealen diesen Weg ohne Beckmesserei zu respektieren.

Dieser Respekt ist die beste Hilfe.

Die zweitbeste Hilfe ist die Bereitschaft, sich an konkreten Projekten zu beteiligen, die Ernten, Lagerung und Transport, also Grundversorgung in 500 Tagen garantieren könnten. Oder sich an Projekten zu beteiligen, die Energieversorgung garantieren, vielleicht sogar Ölexport gestatten. Und schließlich die Comecon-Liste von allen Positionen befreien, die nicht Waffen genannt werden können.

Die dritte Hilfe besteht in der positiven Antwort auf die Vision des europäischen Hauses. Vielleicht ist das sogar das Wichtigste.

*

Wenn wir an den 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion denken, dann ist die Verantwortung des gewachsenen Deutschland unabweisbar. Ohne und gegen uns wird es keine neue NATO-Strategie geben, die nicht mit den östlichen Nachbarn und der Sowjetunion abgestimmt ist. Ohne und gegen uns wird es keine neuen Waffensysteme geben, durch die die Sowjetunion potentiell von unserem Boden bedroht werden kann mit einer entsprechenden Antwort. Ohne und gegen uns wird also die Konfrontation, das alte Spiel von Vor- und Nachrüstung, nicht wiederholbar sein. Ohne und gegen uns wird es keine NATO-Doktrin geben, die anstelle der reinen Verteidigung das Recht auf Intervention outside area im Süden, im Südosten oder im Osten des Vertragsgebietes reklamiert.

Wenn immer es Frieden zwischen Deutschland und Rußland gab, war es gut für Europa, hieß es vor 100 Jahren. Das ist richtig geblieben, auch wenn sich Größe und Macht so verändert haben. Deutschland ist klein geworden und keine militärische Bedrohung mehr; dennoch gibt

ihm seine unveränderbare Lage in der Mitte Europas und seine wirtschaftliche Kraft eine Verantwortung, die nach seiner westlichen Bindung frei von jeder hegemonialen Haltung ist, die Bismarck noch eigen war. Das Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion wird nicht weniger zum Schlüssel für Europa wie das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich.

Die gewachsene Verantwortung verlangt deshalb nicht nur Mut oder Pflicht zum Nein-Sagen, sondern die Bereitschaft zu drängenden Aktionen für gesamteuropäische Strukturen, für gesamteuropäische Sicherheit, für die Selbstbestimmung Europas, die Amerika und Kanada nicht ausschließt, aber die eigene Entscheidung nicht seiner dominierenden Führung unterwerfen darf, wenn es dieses Europa geben soll. Ohne Überheblichkeit, wie Kant es sagt, sollte sich Deutschland so verhalten, als hinge von ihm allein die Chance Europas ab.

Die deutsche Teilung ist völkerrechtlich überwunden, die europäische Teilung theoretisch auch. Aber noch ist uns nicht die Dimension der Aufgabe klar, daraus Europa zu bauen. Es ist eine Aufgabe, die noch nie stand. Das einzige Europa hat es in der Geschichte nicht gegeben. Die Versuche, es mit Gewalt zu erzwingen, sind in einem Meer von Blut erstickt. Zum erstenmal hat diese Generation die Chance, ganz Europa unter Einschluß Rußlands und der Völker der Sowjetunion zu schaffen.

Die Gräber und die Trümmer dessen, was am 22. Juni 1941 begann, sehen wir noch, aber sie können und dürfen uns nicht mehr hindern, Krieg in Europa für alle Zeiten unmöglich zu machen. Es sollte der Ehrgeiz beider Staaten und ihrer Völker sein, sich in der Verantwortung für das europäische Haus von niemandem übertreffen zu lassen.

(-/21.6.91/rs/fü)

- * Der Autor trug diese Gedanken am 19. Juni auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vor.

Neue Instabilität in Indien zu befürchten
**Zum Ergebnis der Wahlen auf dem Subkontinent, die für keine
Partei die Mehrheit brachten**

Von Dr. Edith Niehuls MdB
Vorsitzende der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Bei den Wahlen zum indischen Unterhaus hat nach den bisher ausgezählten 453 von insgesamt 511 Wahlbezirken keine Partei die für die einfache Mehrheit notwendigen 256 Mandate erreicht. Die indische Kongreßpartei wird nach den vorliegenden Ergebnissen mit 216 Sitzen stärkste Fraktion im Parlament sein. Die ihr lokal verbündete AIADMK hat Sitze bekommen. Der Kongreß-Partei folgt mit 105 Sitzen die radikal hinduistische Janata Partei (BJP). Erhebliche Stimmeneinbußen mußte die Janata Dal Partei des ehemaligen Premierminister V.P. Singhs hinnehmen. Sie ist von 140 auf 44 Mandate geschrumpft. Die Samajwadi Janata Partei des amtierenden Premierministers Chandra Shekhar hat nur 3 Sitze errungen. Chandra Shekhar war mit seiner Minderheitsregierung bis zur Wahl auf die Tolerierung der Kongreß-Partei angewiesen, die es vorgezogen hatte, nach dem Ende der Regierung unter Singh, die Regierungsverantwortung nicht selber zu übernehmen, sondern den Zeitpunkt für Neuwahlen abzuwarten. Die Kommunistischen Parteien halten mit 44 Sitzen ungefähr ihre alte Position, da sie sich traditionsgemäß auf eine Mehrheit in West-Bengalen stützen können.

Alles deutet somit auf eine Koalitionsregierung unter Führung der Kongreßpartei hin. Nach dem Attentat auf Rajiv Gandhi fehlt der Kongreßpartei allerdings eine herausragende Führungsfigur. Das Angebot an Sonia Gandhi, die Frau des ermordeten Rajiv Gandhi, sowie die

stillen Hoffnungen auf deren 19jährige Tochter Priyanka machen das Dilemma, in der sich die Kongreßpartei befindet, deutlich. Gestern nun nominierte sie den alten Narasimha Rao als Premierminister.

Die Kongreßpartei wird in Allianz mit der Regionalpartei AIADMK auf die Unterstützung der Janata Dal Partei bzw. die Billigung der Kommunisten angewiesen sein. Beide Möglichkeiten sind jedoch problematisch. Die Kongreßpartei wird im Bündnis mit Janata Dal, deren politischen Einfluß sie fürchtet, nur ungern zu politischen Zugeständnissen bereit sein, und die Kommunisten sind unter sich zerstritten, so daß eine geschlossene Unterstützung nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden kann.

Keine Partei will dagegen mit der radikalen BJP koalieren, die auch selbst darauf besteht, die Oppositionsrolle zu übernehmen. Die 1980 gegründete Bharatiya Janata Partei (BJP) errang bei den Wahlen 1984 nur zwei Abgeordnete, bei den Wahlen im November 1989 wurde sie mit 86 Abgeordneten bereits dritstärkste Partei, und auch bei dieser Wahl verzeichnet sie einen beachtlichen Zugewinn. Die politischen Grundsätze der BJP zielen auf die Errichtung des Hindu Rashtira (Hindu-Staat), in dem die Sonderrechte für Minderheiten wie die Moslems, Christen und Buddhisten abgeschafft werden sollen.

Politisch fordert die BJP für Indien eine Weltmachtrolle und unterstützt die Entwicklung von Nuklearwaffen. Der erneute Stimmenzuwachs der BJP bei den jetzigen Wahlen liegt zwar hinter den befürchteten Erwartungen zurück, kennzeichnet aber dennoch das Wiedererwachen der hinduistischen Kräfte, die im Gegensatz zu der von Mahatma Gandhi und Nehru stets geschützten säkularen Staatsordnung durch die bewußte Betonung der Hindu-Identität keine Toleranz mehr gegenüber religiösen Minderheiten aufbringen wollen.

Die Bilanz dieser Parlamentswahl zum 10. "Lok Sabha" (indischen Unterhaus) ist erschreckend, denn über 300 Menschen kamen bei dieser "blutigsten Parlamentswahl der indischen Geschichte" seit 1948 um Leben. Die von militanten Sikhs am vergangenen Samstag verübten Terroranschläge im Bundesstaat Pandschab kosteten des weiteren über 100 Menschen das Leben. Am 22. Juni soll in Pandschab die Wahl für die Abgeordneten des Zentral- und Landesparlaments stattfinden. Mindestens 21 Kandidaten wurden im Vorfeld erschossen.

Es hat den Anschein, daß Indien den immer wiederkehrenden Wellen von Gewalt ohnmächtig gegenübersteht. Für die Zukunft stellt sich die Frage, ob die "größte Demokratie der Erde", wie sich Indien gern nennt, diesem Anspruch auch in der Zukunft gerecht werden kann. Die permanente Zuspitzung der ethnischen und religiösen Konflikte stellt die indischen Wähler/innen zunehmend vor die Frage, ob Indien künftig weiterhin ein säkularer Staat sein soll, der wenigstens bemüht ist, ausgleichend auf die religiösen Konflikte zu wirken, oder ob sich Indien zu einem Hindu-Staat entwickeln wird.

Die künftige Regierung wird beweisen müssen, daß sie imstande ist, die innenpolitischen Probleme des Landes zu lösen, denn die Staatskrise hat mittlerweile eine Eigendynamik entwickelt, die das Land zunehmend in das Chaos treibt.

Der Fortbestand der indischen Demokratie wird auch davon abhängen, ob es der neu zu bildenden Koalitionsregierung gelingen wird, die wirklichen Probleme des Landes wie z.B. Bevölkerungswachstum, Armutsbekämpfung, Abbau von Korruption sowie das Problem der separatistischen Bestrebungen in den drei indischen Provinzen Kaschmir, Punjab und Assam zu lösen.

Die undeutlichen Mehrheit nach der Wahl lassen neue politische Instabilität befürchten.

(/21.6.1991/rs/bgy)
